

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

A0065/20/2 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0065/20	09.07.2020

Absender	
Fraktion AfD	

Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	09.07.2020

Kurztitel
LGBTI-freie Zone in Radom? - Nicht mit Magdeburg

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschlusstext wird durch folgenden Text ersetzt:

Gegenüber der langjährigen, freundschaftlich verbundenen Partnerstadt Radom entschuldigt sich der Stadtrat von Magdeburg als höchstes Vertretungsgremium der Landeshauptstadt für die unsachgemäßen und auf falschen Informationen beruhenden Vorwürfe hinsichtlich der Situation homosexueller Menschen in Radom und betont dabei die Absicht des Stadtrates die Beziehungen zu unserer langjährigen Partnerstadt aufgrund einseitiger und fehlerhafter Berichterstattung nicht verschlechtern zu wollen.

Begründung:

Entgegen der Intention des Ursprungsantrages hat sich durch weitere Nachforschungen ergeben, dass der Vorwurf, Polen bzw. die Stadt Radom, würde LGBTI-freie Zonen einrichten, nicht haltbar ist. Entgegen der vorgebrachten Vorwürfe hat die Stadt Radom einen Richtungsbeschluss zur Stärkung der Familie getroffen, welcher den hohen Stellenwert der Familie hervorhebt und Maßnahmen zu deren Förderung beinhaltet. Hierbei geht es u.a. um die Stärkung der Selbstbestimmungsrechte der Eltern, Berufsberatung für junge Mütter sowie die Förderung familienfreundlicher Unternehmenskulturen.

Kein Wort wird dabei über Homosexuelle verloren, geschweige denn deren Diskriminierung oder rechtliche Schlechterstellung gefordert. Die deutsche Übersetzung des Originaldokumentes zur „Charta der Familienrechte“ ist den Stadträten zugegangen und somit transparent gemacht worden.

Intransparent ist dagegen das Agieren der Aktivisten, welche den sog. „Atlas of Hate“ erstellt haben. Dieser „Atlas“ ist lediglich eine bunt eingefärbte Karte auf „Google Maps“, welche keinerlei inhaltliche Grundlagen für die Einfärbungen der jeweiligen Regionen, oder das dort angeprangerte „Lobbying“, liefert. Aufgrund dessen sind bereits Klagen wegen Rufschädigung durch die betroffenen Kommunen in Arbeit. Derweil beruht der Vorwurf der Errichtung von LGBTI-freien Zonen zu Teilen auf einer Aktion des Aktivisten Bart

Staszewski, welcher offiziell wirkende Schilder an Ortseingangstafeln anbrachte, welche wiederum in Teilen als offizielle Schilder der Kommunen aufgefasst wurden.

Klagen gegen „Atlas of Hate“: <https://balkaninsight.com/2020/03/04/polish-activists-face-legal-action-over-atlas-of-hate/>

Bart Staszewski: <https://notesfrompoland.com/2020/01/25/activist-signposts-polish-towns-as-lgbt-free-zone-in-protest-against-anti-lgbt-resolutions/>

Dr. Jan Moldenhauer
Stellvtr. Fraktionsvorsitzender